

13.12.2014, 11:00 Uhr

Politische Bildung

«Entscheiden Sie mit dem Herzen»

Michael Schoenenberger 13.12.2014, 11:00 Uhr



Seriös und vorbereitet treten die Jugendlichen im Nationalratssaal auf. (Bild: Simon Tanner / NZZ)

Alles wissen es: Auch in der direkten Demokratie fällt politische Partizipation nicht vom Himmel. Deshalb wird über die politische Bildung in der Schule viel geredet. Geht es um die Unterstützung sinnvoller Projekte, herrscht Zurückhaltung.

«Ich bin echt in der Zwickmühle», sagt eine Schülerin. «Vieles spricht dafür, das Stimm- und Wahlrecht auf 16 Jahre zu senken, anderes dagegen.»

«Wir müssen was tun für die junge Generation», erwidert der Banknachbar entschieden: «Ich bin für diese Volksinitiative. Wenn keiner was macht, bleibt alles gleich.»

«Moment mal», fragt ein Dritter, «muss ich dann mit 16 auch Steuern bezahlen, wenn ich abstimmen und wählen darf?»

Die Schülerinnen und Schüler der Amriswiler Sekundarschule Egelmoos haben an diesem Herbstnachmittag vier fiktive Volksinitiativen auf dem Tisch. Es gilt, die Parolen zu fassen. Zu jeder Initiative hat die Bundeskanzlei fein säuberlich eine Botschaft des Bundesrats erstellt, inklusive Gegenentwurf der Bundesversammlung. Jetzt gilt es, die Argumente gegeneinander abzuwägen. – Die Amriswiler kommen nach engagierter Debatte zum Schluss: Sie verwerfen das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 und auch den Gegenentwurf. Der Entscheid wurde demokratisch gefällt. Jetzt, und nach vielen anderen

Vorbereitungsarbeiten, ist man bereit für die Reise in die Bundesstadt.

Ein ausgefeiltes Planspiel

Die Amriswiler haben das Privileg, politische Bildung als Planspiel erleben zu dürfen. Und so funktioniert es: Der rote Faden des Spiels ist der Weg einer Volksinitiative, von der Lancierung bis zur Abstimmung im Nationalratssaal. Mit einem speziell entwickelten Lehrmittel bereiten sich die Schülerinnen und Schüler auf das Planspiel vor. Sie lernen zunächst die Grundlagen des politischen Systems der Schweiz kennen. Jede Klasse entwickelt eine Idee für eine Volksinitiative und sammelt 100 Unterschriften. Dann gründet die Klasse eine politische Partei, verfasst ein Parteiporträt und bildet sich zu jeder eingereichten Initiative eine Meinung.

Die Projektwoche in Bern bildet den Höhepunkt: Die Jugendlichen werden zu gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten, ihre Klasse wird zur Bundeshausfraktion. Es ist eine arbeitsintensive Woche. Es gibt Kommissionssitzungen, aus der Mitte wählen die teilnehmenden Klassen den Nationalratspräsidenten. Bis tief in die Nacht hinein wird an den Voten für die grosse Debatte am Donnerstagnachmittag gefeilt.

Der direkt erfahrbare Staatskundeunterricht geht auf die Initiative der ehemaligen Berner Regierungsrätin Dora Andres zurück. Sie hat dazu den Verein «Schulen nach Bern» ins Leben gerufen. Jährlich finden fünf Projektwochen mit fünf bis sechs teilnehmenden Klassen statt. 500 bis 600 Jugendliche sind mit von der Partie. Beim Projekt geht es nicht allein um die Vermittlung von Faktenwissen. Es gilt, das Interesse der Jugendlichen an der Politik zu wecken und sie für die Partizipationsmöglichkeiten zu sensibilisieren. Da die Projektwochen zweisprachig durchgeführt werden und Klassen aus allen Landesteilen teilnehmen, wird nebenbei die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften gefördert.

Kopf und Herz

Donnerstag, 12 Uhr 30, Bundesterrasse. Die Klassen treffen ein – die Jugendlichen freuen sich auf die grosse Parlamentsdebatte. Die Fraktionen nehmen Platz im Nationalratssaal, die Amriswiler Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf die SVP-Sitze, die Dolmetscherinnen sind parat. Mit der Glocke eröffnet der Nationalratspräsident die Sitzung. Mit Stil und dem Protokoll entsprechend begrüsst er alt Bundesrätin Elisabeth Kopp. Sie sitzt am Platz der Regierung und hat sich seriös mit allen fünf zur Debatte stehenden Volksinitiativen auseinandergesetzt.

Die Amriswiler haben sich den Namen «Anti-hamster-Partei (AhP)» gegeben. Ihre Volksinitiative trägt den Titel «Weniger Spekulation mit Grundnahrungsmitteln – Stoppen wir den Hunger auf der Welt». Der Bundesrat, so fordern die Initianten, muss die Spekulation mit

Grundnahrungsmitteln einschränken, und er hat Massnahmen zu ergreifen zur Durchsetzung des Menschenrechts auf erschwinglichen Zugang zu Wasser und Grundnahrungsmitteln. Eine lebhafte Diskussion kommt auf. «Der Hunger auf dieser Welt ist ein massives Problem», sagt der Fraktionssprecher der AhP. Die



Fünf Schulklassen aus der Schweiz debattieren im Nationalratssaal im Bundeshaus wie die Grossen. (Simon Tanner / NZZ)

Fraktion der «Auto Union Pfäffikon» widerspricht. Sowohl die Initiative wie der Gegenentwurf des Bundesrats seien nicht umsetzbar. «Die Initiative würde keine Leben retten. Aber wir würden Firmen als Steuerzahler verlieren.» Das Herz sage Ja, der Kopf aber Nein. Das wollen die Thurgauer so nicht stehen lassen und treten ans Mikrofon. «Einige der wichtigsten Fragen», sagt der schlagfertige Thurgauer Nationalrat, «beantworten Sie mit dem Herzen! Sie können die Leute auf der Tribüne fragen, ob irgendjemand mit Kopf und Verstand geheiratet hat.» Dann kommt die Alt-Bundesrätin zu Wort. Dem Siebnergremium gehe die Initiative zu weit. Elisabeth Kopp äussert zwar Verständnis für das Anliegen und spricht von einer «unbefriedigenden Situation auf der Welt». «Es gäbe genügend Nahrungsmittel, um den Hunger zu stillen», ruft sie in den Saal. Der Bundesrat, mahnt sie, könne aber nicht in der Verfassung dazu verpflichtet werden, etwas zu erwirken. Er könne dies nur versuchen. Zuletzt lehnt der Rat sowohl die Volksinitiative wie auch den Gegenentwurf ab. Das Volk muss entscheiden.

Unsichere Zukunft

Politische Bildung in der Schule ist keine einfache Sache. Sie ist als trockener Staatskundeunterricht denkbar und hat als solcher für die Lehrperson den Vorteil, dass sie sich ihrem Berufsethos entsprechend neutral verhalten kann. Doch das Interesse an Politik und Partizipation wecken das Konkrete und im guten Sinne Emotionale: die politische Idee also, die Diskussion darüber und der Wille zur Veränderung von Zuständen. Gerade hier wird es für Lehrpersonen oft heikel, können sie in solchen Situationen doch kaum mit ihrer Meinung hinter

dem Berg halten. Wollen sie aber die Jugendlichen wirklich mitreissen, müssen sie mit ihrem Engagement Vorbild für sie sein. Das ist eine Gratwanderung, und das Projekt «Schulen nach Bern» ermöglicht sie.

Die Zukunft des seit 2009 in zahlreichen Projektwochen durchgeführten Planspiels ist mehr als unsicher. Die Finanzierung garantierten bisher diverse Stiftungen, Gelder aus kantonalen Lotteriefonds und Unkostenbeiträge der Schüler. Etwas über 300 000 Franken kostete die Durchführung von fünf Projektwochen im Jahr 2013. «Uns fehlen ab 2016, wenn die Finanzierung über Stiftungen und Lotteriefonds endet, rund 180 000 Franken», sagt Dora Andres. Die Stiftungen seien der Ansicht, dass nun – nach der Konsolidierungsphase – Bund, Kantone oder Gemeinden Hand bieten müssten. Doch die Türen bleiben weitgehend geschlossen.

Das Gesetz ist dagegen

Im September machte sich CVP-Nationalrätin Viola Amherd auf die Socken. Mit einer Motion will sie den Bundesrat dazu veranlassen, «Schulen nach Bern» als ausserschulisches Projekt einzustufen. Auf der Grundlage des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG) könnte es der Bund dann finanziell fördern. 74 Mitglieder des Nationalrats haben die Motion mitunterzeichnet. Der Bundesrat allerdings winkt ab. Zwar leiste das Projekt einen wertvollen Beitrag an die politische Bildung auf der Sekundarstufe I. Es handle sich jedoch um ein schulisches Projekt. Eine Unterstützung durch den Bund sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Tatsächlich: Beim Projekt «Schulen nach Bern» stehen die Klassen unter der Aufsicht ihrer Lehrer und Schulen, es findet in der Unterrichtszeit statt.

Der Bundesrat argumentiert überdies mit dem Kriterium der Partizipation. Im Sinne des KJFG wäre eine Unterstützung nur möglich, wenn die Konzepte von Kindern und Jugendlichen stammten und diese bei der Initiierung, Planung und Durchführung des Projekts aktiv mitentscheiden könnten. Eine Teilnahme an von Erwachsenen organisierten Settings wie beim Projekt «Schulen nach Bern» sei gemäss dem Gesetz keine Partizipation. Auch die EDK, die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz, winkt ab: Eine künftige Finanzierung des Projekts sei Sache der einzelnen Kantone. Die EDK verfüge über keine Kredite für die Unterstützung von Projekten Dritter.

Im Amriswiler Schulzimmer hatte auch eine Jugendliche aus Somalia das Wort zur «Spekulationsstopp-Initiative» der «Anti-hamster-Partei» ergriffen. Sie sagte – entgegen der vorherrschenden Meinung in der Klasse –, die Schweiz könne nicht der ganzen Welt helfen. Die Länder müssten selber Anstrengungen machen, in der Landwirtschaft und in der Bildung der nachwachsenden Generation. Was folgte, war ein interessanter Gedankenaustausch über Korruption in Afrika. – Das zeigt: Politische Bildung ist keine leere Floskel.

MEHR ZUM THEMA

Gastkommentar zur Klassengrössen-Initiative

Pro: Alle werden von kleineren Klassen profitieren

11.11.2014, 05:30 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTESPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.